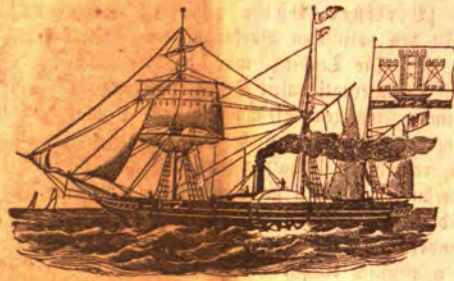


Memeler Dampfboot.

„Memeler und Grenz-Zeitung.“

Erscheint täglich Morgens
mit Ausnahme der Tage nach den Sonn-
und Feiertagen.

Vierteljährlicher Abonnements-Preis
pr. Annuncando 3 Mark,
mit Postenlohn sowie allen Postauslagen
3 1/2 Mark
Für Ausland 3 Rubel pro halbes Jahr.



Anzeigen werden für den Raum einer Corpus-
Spaltzeile von Abonnenten mit 15 N.-Pf.,
von Nicht-Abonnenten und Auswärtigen mit
20 N.-Pf. berechnet.

Reclamen pro 1spaltige Petitzeile 25 N.-Pf.

Anzeigen, für die folgende Nummer bestimmt,
sind spätestens bis Nachmittag 2 Uhr
einzuliefern.

Belag-Exemplare kosten 10 N.-Pf.

No. 42.

Memel, Dienstag, den 19. Februar.

1878.

Wochenschau.

Der Fuchs hatte einem Bären das Futter weggestrichen und wurde deswegen von dem übermächtigen Thiere bedroht „Thue mir nichts, und ich thue dir auch nichts“ — mit diesem Vorschlage suchte der Schlane die Bedrängniß von sich abzuwenden. Was jetzt im Orient vor sich geht, erinnert recht lebhaft an diese Fabel, nur daß der russische Bär es ist, welcher die Rolle des Fuchses spielt, und an das gelehrte Deutschland das Anstehen gestellt wird, an gutmüthiger Beschränktheit es dem zottigen Bierfuchler gleichzutun. Mit einer Einstimmigkeit, welche eine Inspiration zur notwendigen Vorsatzgebung hat, erinnern die russischen Blätter an die Worte des Fürsten Bismarck vom vorigen Jahre, daß Deutschland bei der Krisis im Orient für die Aufrechterhaltung des Allgemeinen Friedens wirken werde. Die russischen Blätter fügen hinzu, die Rolle eines Schiedsrichters läme Deutschland um so mehr zu, als es durch sein militärisches Uebergewicht und dadurch, daß es an der Orientalischen Frage nur in letzter Reihe interessiert sei, die einzige Macht wäre, welche diese Rolle wahrnehmen könnte, indem es sich gegen denjenigen entschiebe, der jetzt den ersten Kanonenschuß abgeben würde. Der Sophismus, welcher hierin liegt, ist glücklicher Weise sehr durchsichtig, viel zu durchsichtig, um einem Manne von des Fürsten Bismarck staatsmännischer Begabung zu täuschen.

Es sind nicht allein Kanonenschüsse, durch welche der öffentliche Friede gestört werden kann, auch die geräuschlosesten Verhandlungen zweier Mächte, welche in die Interessensphäre Dritter Mächte hinübergreifen, bilden einen flagranten Friedensbruch. Dieser Fall liegt hier vor. Rußland, welches als Europa's Mandatar die Flotte zu bekriegen vorgab, mußte konsequenter Weise die Feststellung der Friedensbedingungen seinem Auftraggeber anheimstellen. Statt dessen hat Rußland sich die Donaufestungen ausliefern und die Thore Konstantinopels öffnen lassen, hier Oesterreich-Ungarn und dort ganz Europa beleidigend. Rußland hat erst ein Vertrauen, das es nie besaß, gewissermaßen usurpirt, um es alsdann in schändester Weise zu mißbrauchen. Dafür verlangt es jetzt, daß das Dittum und die Sirate des Friedensbruchs denjenigen treffe, welcher, jenem Mißbrauch sich widerlegend, den ersten Kanonenschuß abfeuert.

Die Russen erkennen selbst die Schwäche ihrer Deduction sehr gut, und davon erklärt sich der Umschlag des herkömmlichen brutalen Tonus an der Kiewa in einen beinahe schmeichelnden. Daher erklärt sich auch, daß die Russen den Sultan nicht zwingen, die Einfahrt der russischen Flotte in die Dardanellen mit Gewalt zu hindern, sondern es an einem Proteste Abdul Samids genug sein ließen. Es ist nicht recht abzusehen, was die Englische Flotte im Hafen von Konstantinopel nützen soll, so lange die russischen Truppen von der Landseite ihr freien Zutritt haben. Noch haben die Russen nur mit Worten ihr Recht auf einen Einmarsch in Konstantinopel gewahrt, ihr Vermeintliches Rechte aber noch keinen Gebrauch gemacht. Jedensfalls jedoch ist die Situation durch die Anwesenheit der Englischen Flotte in den Dardanellen noch komplizierter geworden; denn so bereitwillig Russen und Engländer sich beiferten, die Engländer vor Konstantinopel zu sein, so schwer wird Jedem der Entschluß werden, vor dem Anderen den Platz wieder zu verlassen.

Die russische Diplomatie versteht es vortreflich, die Zeit auszunützen, welche Andere verlieren. Sie gewann Zeit, indem sie durch die Waffenstillstandsbedingungen die Konferenz-idee zur Blüthe brachte, die notwendig langwieriger Vorbereitung bedarf, und jetzt benützt sie die Vorbereitungsfrist, um für die Konferenz ein fait accompli zu schaffen. Die Friedensverhandlungen mit der Pforte sind wieder aufgenommen und die Unterhändler angewiesen worden, bis zum 1. März ein definitives Resultat herbeizuführen.

In England findet die kriegerische Politik Lord Beaconsfield's jetzt allgemeine Anerkennung und die Anstalten werden mit großem Eifer betrieben. Das Englische Volk ist sehr empfindlich gegenüber brutalem Auftreten und seine Großmuth macht weit leichter der Schwäche Zugeständnisse, als dem groben, händelnden Betrüge.

In Oesterreich-Ungarn ist die Empfindlichkeit wohl nicht geringer, aber die Geduld ist größer und die Gewohnheit der Resignation. Dazu kommt vielleicht, daß in der Hofburg zu Wien die Ueberzeugung lebendig ist von der anfrichtigen Freundschaft, die in Deutschland für den stammverwandten

südtlichen Nachbarn notwendig ist und nicht zugeben wird, daß dieser in seinen Lebensbedingungen Schädigung erfahre. Das reaktivirte Ministerium Auerberg und Basser scheint in Betreff der Ausgleichsverhandlungen jetzt mehr Glück haben zu sollen, als vor seiner Demissionirung. Zähigkeit ist eben niemals eine Oesterreichische Stammeigenschaft gewesen, und namentlich den Magyaren gegenüber haben sich die Oesterreicher stets von einer geradezu verschwenderischen Liebenswürdigkeit gezeigt.

Von Bedeutung für uns ist eine jüngst vom österreichischen Handelsminister gethane Aeußerung, wonach auf das Zustandekommen des Deutsch-Oesterreichischen Handelsvertrages noch immer zuversichtlich zu hoffen wäre.

Frankreichs Senat zeigt bei jeder Wahl eines lebenslänglichen Mitgliedes ein recht seltsames Schauspiel. Recht und Einse, ziemlich gleich stark, mühen sich vergeblich, den eigenen Candidaten durchzubringen. Das kleine Häuflein der constitutionellen Senatoren enthält sich der Abstimmung, so lang die aufgestellten Candidaten ihm nicht zuzagen, und macht so lang jede Wahl unmöglich. Ein Ende kann die Mißwirtschaft erst finden, wenn bei den allgemeinen Wahlen der nicht lebenslänglichen Senatoren einer Partei die Wahrheit zufällt. — Minister Darcère hat sich ein großes Verdienst um die republikanische Partei und um Frankreich erworben, indem er durch ein Rundschreiben die Präfekten ermahnte, bei den Wahlen sich der strengsten Neutralität zu befleißigen, und indem er das ganze System der offiziellen Candidaturen verurtheilte.

Zu Deutschland giebt es augenblicklich nur ein Interesse: die für nächsten Dienstag bevorstehende Orientdebatte im Reichstage. Fürst Bismarck ist in Berlin eingetroffen; sein Wort — das ist die allgemeine Ueberzeugung — wird Frieden bringen oder Krieg bedeuten.

Politische Uebersicht.

r. Memel, den 18. Februar.

Nachdem der Deutsche Reichstag am 16. einige nicht unwichtige Gegenstände erlebt hat, trat das Haus in die erste Berathung des Etats pro 1878/79 ein. Staatsminister Hofmann leitete dieselbe mit einer Uebersicht der Staatslage ein, wobei er allerdings nicht in der Lage war, ein besonders erfreuliches Bild vor dem Hause zu entrollen. Namentlich sei ein Zurückgehen der Einnahmen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern in Höhe von 20 Millionen Mark zu bedauern. Der Minister tröstete jedoch das Haus mit dem Hinweis, daß es in Amerika eben so zugehe. Richter (Hagen) unterwirft den Etat einer scharfen Kritik. Bei Aufstellung desselben habe man das bisherige Princip verlassen, weil man durch die Wiedereinnahmen der Zölle u. s. w. erspäht sei. Es sei aber nicht so gefährlich, als man fürchte, die Einnahmen aus den Steuern, welche man zu niedrig angelegt habe, würden sich heben und seien nach den Resultaten der letzten Monate schon im Wachen, und wenn man die Ausgaben im Militär- und Marine-Etat, und auch in der inneren Verwaltung etwas beschränke, da werde man ohne die in Aussicht genommenen Steuern über die Calamität hinwegkommen. Der folgende Redner war der Bundescommissar Geheimrath Michaelis, welcher die Ausführungen des Vorredners widerlegte und das Haus bat, den Etat unverändert zu genehmigen. Während seiner Rede kurz vor 3 Uhr erschien Fürst Bismarck und nahm, allseitig freundlich begrüßt, am Ministertisch Platz. Nachdem er mit Graf Moltke, dem Präsidenten v. Forckenbeck eine Unterredung gepflogen, verließ der Fürst dann wieder den Saal und nach einer Stunde das Haus. An der Debatte theilnahmen noch Frhr. v. Maltzahn = Gült, Richter, Schröder (Lippstadt), Dr. Lucius und Dr. Bamberger. Dann wurden die Etats der Post, Telegraphen- und Eisenbahnverwaltung einer besonderen Commission von 14 Mitgliedern, das hauptsächlichste des Etats der Budgetcommission überwiesen und nur einige geringere Theile der Plenarberathung vorbehalten. Um 5 Uhr wurde die Sitzung geschlossen, nächste Dienstag 10 Uhr.

Friedlichere Nachrichten von allen Seiten. — Sie häßten vorzugsweise auf zwei sehr wichtigen Thatsachen, die als feststehend angenommen werden: die Russen ziehen vorläufig nicht in Konstantinopel ein und die Konferenz kommt zu Stande und zwar als Kongreß, d. h. als Versammlung der auswärtigen Minister aller Signatarmächte.

Als Kongressort wurde Baden-Baden von Deutschland vorgeschlagen und allseitig acceptirt. Damit sind fürs Erste die gar zu drohenden Kriegswolken der letzten Tage verstreucht.

Morgen sollen, wie officiös vorausverköndet wird, die Friedensausfichten durch den Mund des Fürsten Bismarck glaubwürdig bestätigt werden. Morgen wird er nämlich die Interpellation über seine Orientpolitik beantworten. Es ist in hohem Grade belehrend, die letzte Rede Bismarck's über die orientalischen Dinge, gehalten am 5. December 1876 vor verammeltem Deutschen Reichstage, neuerdings zu studiren. Damals antwortete der Kanzler auf die Bemerkungen Eugen Richter's: „Der Vorredner hat angedeutet, als wenn Rußland mit Eroberungen umginge und sein Ländergebiet erweitern wollte. Wenn er dafür den Beweis liefern könnte, so würde die ganze Politik des übrigen Europa vielleicht eine ganz andere Gestalt annehmen.“ Weiter verwarnte sich Bismarck gegen den „Verdacht“, als handle es sich für England um Eroberung neuer Provinzen, bei der Deutschland eine gewisse Connivenz leiste. Wenige Tage vorher hatte der Kanzler in seiner bekannten Tischrede gesagt: „Vedenlich würde es sein, wenn Oesterreich in den Conflict hineingezogen würde und sich in seiner Integrität bedroht fühlen sollte. Dann wäre es Deutschlands Beruf, für den Bestand Oesterreichs und überhaupt in großen und Ganzen für den der jetzigen Landkarte einzutreten.“ Sollten alle diese Aeußerungen nach Jahresfrist nur mehr werthlose Reminiscenzen geworden sein?

Aus den jüngsten Reden Northcote's stellen die Englischen Blätter drei Forderungen als Orientalisches Programm, soweit es sich um Englische Interessen handelt, zusammen. Danach fordert England die vollständige Handelsfreiheit im Schwarzen Meere und erklärt sich im voraus gegen die Möglichkeit, daß eine einzelne Macht den Bosphorus und die Dardanellen verchiessen dürfe. Ebenso muß sich England die freie Durchfahrt durch den Suez-Canal sichern. Ferner findet es für notwendig, daß die Organisation der neu zu bildenden christlichen Staaten eine billige, feste und dauernde Grundlage erhalte. Dieser letztere Punkt ist außerordentlich vag und beschneidbar und beschränkt das Velleben Rußlands in seiner Weise. Das künftige „tributäre Fürstenthum Bulgarien“ findet einen seltsamen Commentar in den eigenen Aeußerungen des Großfürsten Nikolaus, welcher noch vor kurzem die Bulgaren ihrer Feigheit und Raubgier wegen für jeder wie immer gearteten Selbstständigkeit „unwürdig“ erklärte.

Auch die liberalen Journale Frankreichs sprechen sich gegen den Krieg aus. „Es ist“, so schreibt die Républ. Française, „unter den gegenwärtigen Umständen erforderlich, daß Alle ihre Kaltblütigkeit bewahren und sich vor der geringsten Unvorsichtigkeit in Acht nehmen. Wenn man in England aufgeregt und ängstlich ist, so ist man es mit vollem Rechte in Oesterreich und besonders in Ungarn nicht minder; aber die größte Vorsicht drängt sich von selbst dem Wiener Cabinet auf. Für die Oesterreichische wie für die Englische Regierung ist der gegenwärtige Moment nicht die geeignete Zeit zu handeln und den russischen Forderungen ein Ziel zu stecken. In diesem Augenblicke gewinnt die Doctrin der Annahme der vollendeten Thatsachen ihre volle Bedeutung, nur das gesammte Europa könnte vielleicht die Annahmen des Siegers einschränken und sie den Hauptinteressen der westlichen Welt anpassen.“ — Der Französische Senat mußte zur vierten Wahl schreiten, um an Stelle des verstorbenen Aurelle de Paladines einen Senator auf Lebenszeit zu wählen. Es ist wiederum zu keiner Entscheidung gekommen, da keiner der neuen Candidaten die absolute Mehrheit erhielt.

Aus Rom wird vom 15. berichtet: Heute Morgen fand in der Sixtinischen Capelle seit sieben Jahren wieder einmal eine officielle Feierlichkeit des päpstlichen Hofes statt, nämlich die erste des letzten Drittels der neun Funeralien. Nach der gottesdienstlichen Feier wurden die Gesandten der katholischen Mächte vor das heilige Colleg geführt und beglückwünschten dieses mit der üblichen dreifachen Aboration, einem dreifachen Kniefall, der dem im heiligen Colleg enthaltenen zukünftigen Papst gilt. Alsdann hielt jeder eine Ansprache, die von dem obersten der drei Capi d'Ordine erwidert wurde. Cardinal Schwarzenberg hat die Function des ältesten der Cardinalpriester übernommen. Augenblicklich giebt man sich große Mühe, Dillio zum Papste zu machen, einen Mann von engem Gesichtskreis und schwerfälliger Bewegung, der über die Kirche wie über die Staaten Unheil bringen würde.

Beilage zu No. 42. des Memeler Dampfboots. „Memeler und Grenz-Zeitung.“

Dienstag, den 19. Februar 1878.

Lb. Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 16. Februar, 11½—5 Uhr.

Tagesordnung: I. Berathung der nachfolgenden Interpellation der Abgg. Dr. Thilenius und Genossen: I. Beabsichtigt die Reichsregierung, dem Reichstage noch in gegenwärtiger Session a) den Entwurf eines Leichenschaugesetzes, b) einen Gesetzentwurf über die Anzeigepflicht bei ansteckenden und gemeingefährlichen Krankheiten; c) den Entwurf eines Viehschadenstatistik vorzulegen? II. Ist die Aufstellung einer Viehschadenstatistik für das Reich in Angriff genommen und wie weit sind die bezüglichen Arbeiten gediehen?

Abg. Dr. Thilenius weist bei Begründung der Interpellation auf die Nothwendigkeit der Erfüllung der darin ausgesprochenen Wünsche und Anforderungen hin. Er bitte die Herren Vertreter des Bundesraths, wenn die betreffenden Gesetze in dieser Session noch nicht zur Vorlage gelangen könnten, mindestens die Hinderungsgründe angeben zu wollen, die derselben zur Zeit noch entgegenstehen.

Staatsminister Hofmann beantwortet die Interpellation dahin, daß bereits im Jahre 1875 der Entwurf eines Gesetzes über die Einführung der obligatorischen Leichenschauen vorbereitet worden. Derselbe habe seitdem verschiedene Stadien durchgemacht, die für das Gesetz selbst von wesentlichem Nutzen gewesen seien. Ob es indeß möglich sein werde, noch in der diesjährigen Session den Gesetzentwurf vorzulegen, könne er nicht bestimmt sagen. Man möge die großen Schwierigkeiten, welche einem solchen Gesetze entgegen stehen, nicht unterschätzen. Was das Gesetz über die Anzeigepflicht bei ansteckenden Krankheiten anlangt, so seien es auch hier nur rein sachliche Schwierigkeiten, die die Vorlage des Gesetzes verzögerten. Bezüglich des Viehschadengesetzes und der Viehschadenstatistik stehe die Sache so, daß der Bundesrath den Reichsanwalt aufgefordert habe, dem Reichstage die erforderlichen Vorlagen zu machen.

II. Dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Einführung und Präclufion der von dem vormaligen Norddeutschen Bund ausgehenden Darlehnskassenheine.

Abg. Dr. Hänel richtet an den Vertreter der verbündeten Regierungen die Anfrage, ob der Bundesrath den Gesetzentwurf über die Einnahmen und Ausgaben des Reichs endlich zur Vorlage bringen werde.

Staatsminister Hofmann erwidert, daß diese Frage der Erwägung des Bundesraths unterliege. Es werde dem Hause über dessen Gutfindungen Mittheilung gemacht werden. Der Gesetzentwurf wird hierauf genehmigt.

III. Dritte Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend das dem Reich gehörige, an der Volkstraße gelegene Grundstück. Bei der Abstimmung wird der Gesetzentwurf unverändert genehmigt.

IV. Erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Feststellung des Reichshaushalts-Etat für das Etatsjahr 1878/79.

Staatsminister Hofmann leitet die Debatte mit einem längeren Exposé über die Finanzlage des Reichs nach den Ergebnissen der laufenden Regierungsperiode ein. Sie werden, so beginnt Rebner, nicht von mir erwarten, daß ich ein besonderes erfreuliches Bild über die Finanzlage des Reichs entwerfe; es werden nicht überall das Finanzjahr 1876/77 ergab das nicht bedeutende Deficit von 1,100,000 Mt.; das laufende Rechnungsjahr ließ sich dagegen weniger günstig stellen; denn es läßt sich schon jetzt übersehen, daß die Ausgaben den etatsmäßigen Betrag erheblich überschreiten werden, während die Einnahmen in ihrer Gesamtheit nicht unbedeutend zurückbleiben werden. Was zunächst die Ausgaben anlangt, so hat sich bei der Militärverwaltung ein Mehr von 3,800,000 Mt. herausgestellt, darunter der größte Betrag von 1,300,000 Mt., der dadurch entstanden ist, daß höhere Naturalienpreise gezahlt werden mußten. Es kommt hinzu, daß bei der Militärverwaltung ein Mehr von 2,000,000 Mt. zu erwarten ist. Rechnet man dazu für das Sächsische und Württembergische Contingent die entstandene Mehrausgabe von 400,000 Mt., so stellt sich das Mehr bei der Militärverwaltung überhaupt von 2,400,000 Mt. Auch bei anderen Verwaltungen ist eine Mehrausgabe in Aussicht zu nehmen, und zwar beim Reichsanwalt 1,200,000 Mt., beim Reichstage 375,000 Mt., beim Auswärtigen Amt 1,000,000 Mt. u. s. w., so daß die Ausgaben voraussichtlich um die Summe von 7,085,000 Mt. überschritten werden dürften. Dem gegenüber stehen Ersparnisse von zusammen 1,360,000 Mt., so daß sich die Mehrausgaben überhaupt auf 2,725,000 Mt. stellen werden. Ferner haben sich Mindereinnahmen herausgestellt: bei den Zöllen ca. 9,876,000 Mt., bei der Rübensteuer 7,046,000 Mt., bei der Salzsteuer eine Mindereinnahme von ca. 300,000 Mt., bei der Tabaksteuer eine Mindereinnahme von 146,000 Mt., bei der Branntweinsteuer 3½ Millionen und bei der Brausteuer circa 84,000 Mt. weniger, so daß bei den Zöllen und Verbrauchssteuern sich eine Mindereinnahme von ca. 20 Millionen Markt herausstellen wird, wozu noch außeretatmäßige Ausgaben hinzutreten. Was den vorliegenden Etat anlangt, so beschränkt sich der Minister darauf, auf die Erläuterungen zu demselben

hinzuwiesen. Die Art und Weise, wie das herangerechnete Deficit von ca. 28 Millionen Markt gedeckt werden solle, habe die Regierung schon angedeutet. Sie wolle diesmal von einer Erhöhung der Matricularbeiträge absehen und dasselbe durch Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reichs decken. Die Gründe, die zu diesem Entschlusse geführt, wolle er heute hier nicht näher darlegen; er behalte sich vielmehr vor, auf dieselben bei Berathung der Steuerentwürfe zurückzukommen.

Abg. Richter (Hagen) glebt zunächst eine vergleichende Darstellung des vorliegenden Etat mit dem Etat vom Jahre 1872, der mit dem ersteren das gemeinsame habe, daß er sich auf sich selbst stelle. Während nun der Etat von 1878/79 einen Zuwachs der Einnahmen um 60 Millionen nachweise und die Ausgaben in gleicher Weise gewachsen seien, wären die Matricularbeiträge doch nur um 13 Millionen gestiegen. Rebner erinnert daran, daß in den letzten Jahren die Staaten des Norddeutschen Bundes allein 439 Millionen Markt aus der Französischen Kriegskostenentschädigung erhalten hätten, denen noch zweimal je 20 Millionen in neuerer Zeit hinzugezogen seien, und daß diese bedeutenden Beträge doch zum größten Theil zu productiven Zwecken verausgabt wurden. Er frage, ob die Staaten, welche sich jetzt über die Vertheilung der Matricularbeiträge nach der Kopfzahl der Bevölkerung beklagen, sich auch damals beklagt haben, als diese Kriegskostenentschädigungen eben so nach der Kopfzahl zur Vertheilung gelangt seien. Rebner antwortet nun die im Etat auf 7½ Millionen Mt. veranschlagte Mindereinnahme aus den Zöllen und Verbrauchssteuern, die er, abgesehen von dem Einfluß der ungünstigen Verhältnisse, die durch die Verdrängung der unglücklichen Industrie und die Verdrängung der Grundbesitzer durch die Regierung bei der Veranschlagung beobachtet habe, namentlich der unrichtigen Berücksichtigung der Zuckerproducte. Die drei Momente, deren Zusammenstoßen im vorigen Jahre eine Mindereinnahme veranlaßt, stehen jetzt fort und sei es daher fallsch, wieder die Mindereinnahme zu veranschlagen, während gerade die Voraussetzungen einer guten Ernte die Veranschlagung einer höheren Einnahme um 7½ Millionen Markt rechtfertigen. Ferner wendet sich Rebner gegen die Deckung gewisser Bedürfnisse für die Militär- und Marineverwaltung aus tausenden Mitteln und führt aus, daß, wenn nur, wie im vorigen Jahre, 3 Millionen mehr auf die Anleihe verwiesen würden, das Deficit sich auf 17 Millionen ermäßigen würde. Er müsse auch in den Ausgaben möglichst sparsam sein. Er könne der Ansicht der Regierung, neue Steuern zu schaffen, nicht zustimmen. Es scheint jetzt überhaupt Mode, nach Herbeiführung neuer Steuern zu streben, und man sei nicht sicher, jetzt von Leuten überlaufen zu werden, welche Vorschläge für neue Steuern machen. Vergesse man doch nicht, daß man damit nur der Speculation Thür und Thor öffne. So soll das Gesetz über die Erhöhung der Tabaksteuer schon jetzt zu ganz erheblichen Speculationen Veranlassung gegeben haben, und es soll hier in Berlin Groß-Industrielle geben, welche in der Voraussetzung, daß das Gesetz angenommen werde, schon jetzt 30,000 Centner Tabak angelauft und aufgestapelt haben sollen, um denselben nach Einführung der Tabaksteuer mit einem Vortheil von 10 Thlr. pro Cent zu verkaufen und sich als reiche Leute: dann vom Geschäft zurückzuziehen. Rebner bittet von der Einführung neuer Steuern Abstand zu nehmen.

Bundescommissar Geheimrath Dr. Michaelis sucht durch Zahlenangaben die Ausführungen des Vorredners zu widerlegen. Wenn man auf die Höhe der Matricularbeiträge von 1871 zurückweisen wolle, so komme man zu Steuerbeiträgen, welche die Bundesstaaten in der augenblicklichen Lage nicht ertragen könnten. Da sei also die Frage vollkommen berechtigt, ob man derartige Zustände weiter lassen oder durch Erhöhung von Einnahmen des Staates eine andere Situation herbeiführen wolle, und es sei dann allerdings nicht schwer, sich für die letztere Alternative zu entscheiden.

Fürst Bismarck tritt ein und wird von verschiedenen Seiten begrüßt.

Nach einigen kurzen Entgegnungen des Regierungskommissars, Geheimraths Michaelis und des Abg. Dr. Vamberger auf die Angriffe Schwobers gegen die Münzreform wird die Diskussion geschlossen.

Auf den Antrag Nieper-Lucius wird der Etat der Post- und Telegraphen-Verwaltung einer besonderen Commission von 14 Mitgliedern und eine Reihe von Etat-Litern auf den Antrag Richter und Genossen der Budgetcommission überwiesen.

Nächste Sitzung: Dienstag, den 19. Februar, Mittags 12 Uhr.

Tagesordnung: Gesetz, betr. die Aufnahme einer Anleihe für Post- und Telegraphenzwecke u. s. w.; Interpellationen Bennigsen bezüglich der Orientfrage, Gylöldt, betreffend die Unterstützung der zum Dienst einberufenen Reserve- und Landwehrmänner, Winterer, betreffend das Verbot der Herausgabe eines politischen Blattes u. s. w.

Das Conclave von 1878 zur Wahl eines neuen Papstes.*)

Mitgetheilt vom Professor Julius von Schanz in Rom.

Das heilige Collegium wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach, wie es auch der Wunsch Pius IX. war, in der Canonica von St. Peter versammeln, deren räumliche Vertheilung

den Bedürfnissen des Conclave vollkommen entspricht. Die große Sacristei wird als Abstimmungsaal dienen. Da derselbe Papst die Rolle eines Gefangenen im Vatikan wird spielen müssen, so wird er, anstatt öffentlich vor dem Volke zu erscheinen, vom Abstimmungsaal aus die Basilica betreten und auf dem Grabe der Apostel beten, um von da über die inneren Treppen und Gänge in die Gemächer des Vaticans zu gelangen. Für die Functionen der Papstwahl ist nachstehendes Ceremoniale festgelegt: Die von Cardinal-Camerlengo ernannten Commissaire, Proventurioren und Conclaveminister, treffen während der Novendialen alle den Act der Papstwahl angehenden Vorbereitungen. Der Versuch des Conclave stattdes sämmtlichen Cardinälen einen Besuch ab. Am Abend des zehnten Tages versammeln sich die Cardinäle in der kleinen Sacristei der Basilica von San Pietro. Sie kleiden sich dort in ihr violettes Gewand und legen die cappa magna von gleicher Farbe an, versetzen sich in die Basilica, beten dort das Allerheiligste an und nehmen auf den Seitenbänken Platz. Ein Cerimonienmeister erhebt das päpstliche Kreuz unter dem Vorstande von zwei ostiari della virga rubea. Die Sängerknaben stimmen das „veni Creator“ an und die Cardinäle legen sich je zwei und zwei in Bewegung. Beim Eintritt in die Kirche (große Sacristei) werden ihnen, sowie den Priestern und Laien ihrer Suite zwei Gebetbücher überreicht und zwar die „Preces tempore Sedis vacantis in Conclavi recitandae“ und die „Preces recitandae in Conclavi condense actore saeculari et regulari utriusque sexus tempore Apostolica Sedis vacantis“. Der Cardinal-Versteher ist der letzte im Zuge. Die Nobel- und Schweizer-Garden bilden Spalier auf beiden Seiten der Procession und die Ordnung im Innern der Basilica wird durch päpstliche Gendarme aufrecht erhalten. Musik-Chöre executiren Fanfaren und sämmtliche Glocken der Stadt werden in Bewegung gesetzt. Der Zug verfährt sich in die große Sacristei und vertheilt vorerst einige Gebete, worauf der große Cardinal-Versteher die Rede hält, indem er die Collegiums-Mitglieder ermahnt, die Wahl des neuen Kirchenhirten so schnell und so gewissenhaft als möglich zu besorgen. Dann wird die Apostolische Constitution vorgelesen und den Cardinälen der Eid abgenommen, dieselbe zu achten und zu befolgen. Der Major-domus, als Gouverneur des Conclave, der Marschall, als Wächter desselben, der General-Schatzmeister für die ihm obliegenden besonderen Verpflichtungen, die Patriarchen, Erzbischöfe, Bischöfe, die apostolischen Proto-Notare, die Auditoren der Cosa, der Kammer-Alerus und alle am Conclave irgendwie Theilnehmenden werden gleichfalls, ihre Pflichten gewissenhaft erfüllen zu wollen.

Nach der Eidsablegung versetzen sich die Cardinäle und ihre Suite in die für sie hergerichteten Appartements oder Zellen. Ihnen voran schreiten Faceltträger in der Zahl von sechs oder vier, je nachdem der Cardinal ein Fürst ist oder nicht. Nach dem Eintritt in ihre Appartements legen die Cardinäle die Cappa magna und das Gchorhend ab und behalten nur die Soutane, die Binde und das Parett an. Sie empfangen in stehender Stellung das diplomatische Corps, die Prälaten, den Nöhmischen und ausländischen Adel u. s. w. Die Etiquette dieses Empfanges soll steif und rigorös sein. Die Empfangszeit dauert zwei Stunden. Während derselben werden die Zellen von Nobelgarde = Soldaten bewacht. Diese Wachen werden durch das Loos bestimmt, demjenigen Gardisten, welchem es befohlen ist, den zukünftigen Papst zu bewachen, ist im Voraus eine reiche Belohnung zugesichert. Um ein Uhr des Nachmittags wird das Signal gegeben, die Cerimonienmeister vor jeder Zelle ein Glockenzeichen. Alle Besucher müssen sich entfernen. Um zwei Uhr Nachts wird das Signal wiederholt und um drei Uhr erhebt der Ruf: Extra omnes! Alle, die nicht an der Cardinal direct beauftragt, gehen ab. Der Camerlengo und der Cardinal-Versteher, der drei Orden (Bischöfe, Priester und Diaconen) und ein Marschall schreiten nun an die innere Schließung der Zellen. Die äußere wird durch einen Major-domus und die Commissaire besetzt. Im ersten Zimmer (Zelle) seines Appartements hat jeder Cardinal zwei Sonnenfächer (ombrellini), der eine ist von violetter Farbe und wurde auf dem Gange nach dem Conclave über seinem Haupt aufgehoben, der andere ist roth und wird nach der Wahl aufgezogen. Ebenso halten die Cardinäle ihre purpurfarbenen Gewänder bereit, die sie anlegen müssen, um einem gewählten Pontifex in der großen Sacristei ihre zweite Huldbildung darzubringen.

Am Morgen des darauf folgenden Tages (erster Tag des Conclave) und genau vier Stunden vor Mittag giebt der Cerimonienmeister abermals vor jeder Zelle ein Glockenzeichen. Das Signal eines im Laufe einer weiteren Stunde zweimal wiederholt, worauf der Ruf erhebt: In Cappellan, Domini! Die ihr Conclave-Costüm und den rothen Hut tragenden Cardinäle vereinigen sich meist den respectiven Conclavisten in der großen Sacristei, wo der Cardinal-Versteher eine Messe liest, und diejenigen, welche eine solche in ihren Appartements noch nicht haben sollten, communiciren läßt. Hierauf kehren die Cardinäle zum Frühstück in ihre Zellen zurück und besorgen sich nun neuerfrisch in die große Sacristei, um das erste Votum abzugeben. Jeder Cardinal wird von zwei Conclavisten assistirt. Einer derselben übergiebt ihm auf der Schwelle der Sacristei ein Portefeuille oder ein Kästchen, worin die Papiere für ein Portefeuille oder ein Kästchen, worin die Insignien u. s. w. enthalten sind. (Schluß folgt.)

*) Nachdruck verboten.

